

Teilhabeplanungen Stadt und Landkreis Rosenheim

Arbeitsgruppe Arbeit

Arbeitsgruppentreffen am 17.01.2013, 16.30-18.45 Uhr im SSZ

Teilnehmer/-innen

Bungert, Christine; Jobcenter Rosenheim Land
Demmel, Andreas; FW/ÜWG
Fakesch, Astrid; Hörgeschädigten Verein
Görgmayr, Getraud; Privatperson
Görgmayr, Julia; Privatperson
Jansen, Claudia; Bezirk Oberbayern
John, Michael; Basis Institut Bamberg
Kammel, Gerhard; Handwerkskammer München und oberbay. Behinderten-Betriebsberater
Klupp, Wolfgang; Stadt Rosenheim
Kuchler, Ingrid; Jobcenter Rosenheim Stadt
Laupheimer, Jürgen; Landratsamt Rosenheim
Leberer, Gabi; Integrationsfachdienst Rosenheim
Leibold, Thorsten; Agentur für Arbeit
Maier, Barbara; Behindertenbeauftragte Stephanskirchen
Maier, Christoph; Privatperson
Mauras, Chantal; Ambulante Hilfen Anthojo
Mayer, Christine ; Behindertenbeauftragte Rosenheim Stadt
Mitterer, Hans ; Junge Arbeit
Podchul Susanne; Diakonisches Werk
Rippstein, Claus; Sozialpsych. Zentrum Bezirk Oberbayern
Roth, Claudia; Berufsfachschule Physiotherapie Wasserburg
Schädler, Marion; Bfz gGmbH
Schmidt-Ott, Eva; Bezirk Oberbayern
Walz, Manuela; Jobcenter Landkreis Rosenheim
Weisky, Nathalie; Sozialpsych. Zentrum

Begrüßung und Protokollnachlese

Herr John, Geschäftsführer des BASIS-Instituts Bamberg, begrüßt die Teilnehmenden und stellt sich kurz vor. Anschließend bittet er darum, dass sich jeder Teilnehmende kurz mit Namen und mit Organisationszugehörigkeit vorstellt.

Bezüglich des Protokolls der letzten Sitzung gibt es keinen Ergänzungsbedarf. Das Protokoll ist somit genehmigt.

Herr John führt aus, dass noch eine weitere Arbeitsgruppe im Rahmen der Teilhabeplanung der Stadt Rosenheim einberufen wurde. Es handelt sich um die Arbeitsgruppe „frühkindliche Bildung“.

Außerdem weist er auf die anstehende Befragung von Menschen mit Behinderungen hin, die Anfang Februar beginnen wird.

Behandelte Themen

Auf den folgenden Seiten werden die gesammelten Punkte zunächst in Form der abgetippten und graphisch aufbereiteten Pinnwandabschriften dargestellt. Um die Pinnwandmitschriften auch Sehbehinderten zugänglich zu machen, werden diese dann tabellarisch aufgelistet und daraufhin in Textform kurz erläutert.



- Adäquate Arbeit in Werkstätten für Menschen mit Behinderung
- Arbeitsplätze außerhalb Werkstätten für Menschen mit Behinderung
- Benötigt: Arbeitsplätze für psychisch und seelisch Behinderte
- Fortbildung EDV für Menschen mit Behinderung
- Einmal Werkstatt für Menschen mit Behinderung immer Werkstatt für Menschen mit Behinderung
- Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt
- Kombiprojekt Schüler als Trainer
- Überprüfung von Arbeitsplätzen, auch Werkstätten für Menschen mit Behinderung
- Bessere Information der Arbeitgeber (Minderleistungsausgleich)
- Arbeitsplätze schaffen im Bereich EDV, Gastronomie
- Arbeitskreis „Arbeit“ über Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft organisieren (seelische Behinderung)
- Arbeitskreis „Arbeit“ ergänzen für andere Behinderungsarten (Vernetzung)

Es wird berichtet, dass in der WfbM zum Teil eine Unterforderung stattfindet. Insbesondere das Fehlen von Computerarbeitsplätzen wird bedauert, da gerade Computerarbeitsplätze häufig gut geeignet wären, Menschen mit Körperbehinderungen zu adäquaten Arbeitschancen zu verhelfen. In einem geschilderten Einzelfall wurden in der WfbM ein Computerarbeitsplatz trotz konkreter Nachfrage nicht geschaffen.

Generell ist über Fortbildungen im IT-Bereich für Menschen mit Behinderungen nachzudenken. Diese könne angegliedert an die WfbM, oder an Arbeitsstellen erfolgen. Denkbar wäre aber auch eine Umsetzung mit engagierten Bürgern. Herr John berichtet von einem erfolgreichen Projekt an einer Mittelschule (in einem anderen Landkreis). Dort wurden Schüler als Computercoaches ausgebildet. Diese gaben dann Kurse für Menschen mit Behinderungen und auch für ältere Menschen. Aus der Runde wird noch eine dritte Möglichkeit aufgezeigt: Ein engagierter Bürger würde evtl. als Computercoach zur Verfügung stehen. Hierzu werden im Anschluss an die Sitzung Telefonnummern ausgetauscht.

Zu prüfen wäre, ob im Anschluss an die Teilhabepanung Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen geschaffen werden könnten, die sich um die Verbreiterung des Informationsangebotes kümmern könnten.

Herr John berichtet von verschiedenen Kontakten mit Menschen mit Behinderungen, die in der WfbM arbeiten, bei denen auch von Unterforderungen berichtet wird.

Von Seiten der Vertreter des Bezirks wird angemerkt, dass aktuell die Kostenerstattungen für WfbM-Plätze nicht an Dritte übergehen können. Allenfalls Außenarbeitsplätze wären denkbar. Von Seiten des Bezirks wird angestrebt, in Zusammenarbeit mit den WfbM's die Umsetzungsziele der WfbM immer wieder gemeinsam zu prüfen und weiter zu entwickeln.

Herr John moniert, dass es in der Gesellschaft – wie in der letzten Sitzung bereits festgestellt – ein grundsätzliches Problem ist, einen Arbeitsplatz zu finden, wenn man – aus welchem Grund auch immer – im Rahmen seiner Arbeitsstelle seinen Tariflohn nicht mehr selbst erwirtschaften könne. Ausgleichszahlungen für Minderleistungen oder Anschubfinanzierungen sind inzwischen zeitlich begrenzt und werden den Anforderungen bzgl. der Schaffung dauerhafter Arbeitsplätze nicht gerecht. Außerdem müsse berücksichtigt werden, dass es sich bei den Außenarbeitsplätzen nicht um reguläre Arbeitsplätze mit vollen Arbeitnehmerrechten handelt, sondern nur um ausgelagerte Plätze der WfbM.

In der Diskussion wird darauf hingewiesen, dass sich die Arbeitswelt insgesamt stark verändert hat. Der Leistungsdruck ist höher geworden. Dies erschwert selbst bei kleinen Abweichungen von den

geforderten Leistungen eine dauerhafte Beschäftigung. Bei Menschen mit einer dauerhaften Behinderung spitzt sich dieses Problem zu. Dadurch wird die Intergration von Menschen mit Behinderung immer schwieriger. Gleichzeitig wird aber auch der Fachkräftebedarf immer schwerer zu decken und die wirtschaftliche Lage ist gut. Das erleichtert wiederum Beschäftigung.

Ergänzt wird aus der Runde, dass es bei vielen Arbeitgebern an Informationen über die Unterstützung der Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen mangeln würde.

In der Diskussion wird darauf hingewiesen, dass es eine Vielzahl von verschiedenen Behinderungen und damit verbundener Einschränkungen bzw. Lebenssituationen gibt. Sicherlich sind die Einschränkungen der Menschen in der WfbM besonders gravierend, aber die Frage der Eingliederung in den Arbeitsmarkt stellt sich für eine weitaus größere Gruppe, wie auch die Vertreter des Jobcenters und der Agentur bemerken. Das Jobcenter ist diesem Bereich ständig mit der Unterstützung von Fortbildungen, Umschulungen und Wiedereingliederungen befasst.

Es wird bemängelt, dass insbesondere Arbeitsplätze für Menschen mit seelischen Behinderungen fehlen. Diese brauchen Patenschaften, geeignete Projekte und eine Tagesstruktur.

Es wird angemerkt, dass die Vernetzung in der PSAG (Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft – angegliedert an das Gesundheitsamt) gut ist, sich aber vor allem auf die Zielgruppe der seelisch Behinderten beschränkt. Es ist aber eine übergreifende Vernetzung bzgl. aller Behinderungsarten in einem Austauschgremium nötig. Dieser umfassende Austausch wurde nun im Rahmen dieses Arbeitskreises erstmals geschaffen. Es stellt sich die Frage, wie diese Vernetzung über die Teilhabepanung hinaus aufrechterhalten wird.

Sehr begrüßt wird die Anwesenheit eines Vertreters der Handwerkskammer. Nach Einschätzung der Fachleute aus der Diskussionsrunde schaffen gerade kleine Betriebe immer wieder Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen.

Generell wird angeregt, verstärkt ressourcenorientierte Ansätze umzusetzen.

Am Schluss der Sitzung weist Frau Mauras von den Ambulanten Hilfen Anthojo anhand einiger Werkstücke auf die Heranführungen an Arbeit in ihrem Arbeitsbereich hin.

Ausblick auf die nächste Sitzung

Herr John sagt zu, dass vor der nächsten Sitzung ein Textteil zum Themenfeld der Arbeitsgruppe in einer Entwurfsfassung vorab an die Arbeitsgruppenmitglieder versandt werden soll. Dieser ist dann Grundlage der Beratungen in der nächsten Arbeitsgruppensitzung.

Außerdem sind zwei in dieser Sitzung zurückgestellte Themen zu diskutieren:

1. Sind Patenschaftssysteme für die Integration von Menschen mit Behinderungen umsetzbar (angedockt an bestehende Patenschaftssysteme)?
2. Soll in Stadt und Landkreis Rosenheim eine gezielte Aktion Öffentlichkeitsarbeit (Lobbyarbeit) umgesetzt werden (mit Einbindung der Politik, der IHK, der HWK, Arbeitgebern ...)?

Nächster Sitzungstermin

Die nächste Sitzung der Arbeitsgruppe Arbeit der Teilhabeplanungen Stadt und Landkreis Rosenheim findet am Donnerstag, 14.03.2013 um 16.30 Uhr im Schüler- und Studentenzentrum Rosenheim statt.

Für das Protokoll

Michael John